



FOTO: DANIELA LEUKERT-FISCHER

▲ Teilnehmer/innen des Empfangs beim Rundgang durch den Bundesgerichtshof.

ternet ein Bild von langfristigen Vorhaben der Kommission zu machen.

Einen weiteren Baustein „intelligenter Regulierung“ bildet die Folgenabschätzung von Regelungsentwürfen, die nicht nur von den federführenden Direktionen selbst, sondern im Sinne einer „Qualitätskontrolle“ bereits vorliegender „impact assessments“ von einem „Impact Assessment Board“ vorgenommen wird. Die Referentin hat derzeit den Vorsitz dieses unabhängigen, dem Kommissionspräsidenten unmittelbar unterstellten Gremiums inne und berichtete aus erster Hand von den Kriterien dieser Qualitätskontrolle und dem enormen Pensum, das es bei der Durchsicht sämtlicher Regelungsentwürfe, ihrer Begründungen und Folgenabschätzungen zu bewältigen gilt. Dr. *Klingbeil* bemerkte, dass das vom Impact Assessment Board entwickelte Modell der Quantifizierung von Kosten und Nutzen eines Vorhabens den Vergleich mit nationalen Modellen nicht scheuen müsse, sondern als beispielhaft gelte. – Es beeindruckte, dass sich Persönlichkeiten innerhalb der Außenstehenden manchmal als „Moloch“ erscheinenden Brüsseler Bürokratie mit hohem persönlichen Einsatz für die Reduzierung der Gesetzgebung auf das nach rationalen Kriterien Notwendige, Wirtschaftliche und Wirksame stark machen. Wenn die Agenda Wirkung zeigen und nicht nur geschickte Öffentlichkeitsarbeit des Kommissionspräsi-

denten bleiben sollte, wird in Brüssel das Gewicht von Vernunft und Sachverstand gegenüber reiner Interessenvertretung weiter gestärkt werden.

Involviert ist die Direktion von Dr. *Klingbeil* schließlich in die Evaluierung in Kraft befindlicher Regelungen, indem sie sogenannte „fitness checks“ für ganze Regelungskomplexe des geltenden EU-Rechts durchführt. Hier geht es unter anderem um die Harmonisierung und Vereinfachung bestehender Regulierungen sowie den Abbau von Verwaltungsaufwand. Notwendigkeit und Effizienz geltenden Rechts werden aber auch ganz an der Basis überprüft, indem das Gespräch mit den unmittelbar Betroffenen gesucht wird. Dr. *Klingbeil* berichtete lebendig von ihren Begegnungen etwa mit Vertreterinnen und Vertretern kleiner und mittlerer Unternehmen in den einzelnen Mitgliedstaaten, deren Anliegen sie sich aus erster Hand vortragen lässt und in den Prozess der Revision geltenden EU-Rechts, aber auch der Regelungsvorbereitung einbringt. Hier wurde eine alles andere als abgehobene, sondern bewundernswert engagierte Haltung einer EU-Spitzenbeamtin sichtbar.

Der Abend endete mit einem üppigen Buffet und angeregten Unterhaltungen. Vor allem junge Kolleginnen scharten sich interessiert um die Referentin, die bis spät am Abend Rede und Antwort stand. Soweit die Gastgeber dies selbst beurteilen dürfen, war es ein gelungener, hoffnungsvoller Abend – trotz über uns und Europa insgesamt drohender Gewitterwolken.

Weitere Informationen zum Thema des diesjährigen Sommerempfangs:

- Roadmaps
ec.europa.eu/governance/impact/roadmaps
- Konsultationen
ec.europa.eu/yourvoice
- Folgenabschätzungen
ec.europa.eu/governance/impact
- Evaluierungen
ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/evaluation
- Vorschläge zur Vereinfachung
ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/simplification

Der djb gratuliert

Renate Augstein



zur Ernennung als Leiterin der Abteilung 4 (Gleichstellung, Chancengleichheit) im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Das Bundeskabinett ist am 18. Juli 2012 dem Vorschlag von Ministerin Dr. Kristina Schröder gefolgt.

Renate Augstein, geb. 1950 in Köln, absolvierte eine Rechtspfle-

gerausbildung beim Oberlandesgericht Köln, studierte dann Jura und wurde 1979 nach ihrem Zweiten Staatsexamen Referentin bei der Friedrich-Naumann-Stiftung, Bonn. Seit 1981 gehört sie dem BMFSFJ an, und zwar zunächst als Referentin in der Gesundheitsabteilung (1981–1982), dann als Referentin im Arbeitsstab Frauenpolitik (1982–1988) und als Leiterin Grundsatzreferat Frauenpolitik (1988–1991). Von 1991 bis 2000 leitete sie das Referat Schutz von Frauen vor Gewalt, seit 2000 ist sie Leiterin der Unterabteilung „Gleichstellung“. Von 2003 bis 2005 war sie zusätzlich Leiterin der Projektgruppe „Umsetzung von EU-Richtlinien“.

Sie ist ehrenamtlich engagiert, unter anderem in verschiedenen Funktionen bei der Evangelischen Kirche in Deutschland. Seit 1980 ist sie Mitglied des djb und war u.a. lange Zeit Mitglied der Strafrechtskommission. Sie hielt zahlreiche Vorträge zu straf- und familienrechtlichen Themen bei djb-Tagungen und -Kongressen. Zuletzt sprach sie anlässlich des 39. djb-Bundeskongresses am 23. September 2011 über „Gleichberechtigung im Bereich der öffentlichen Hand – Anspruch und Wirklichkeit“.

Prof. Dr. Karin Graßhof, Richterin des Bundesverfassungsgerichts a.D.

zu ihrem 75. Geburtstag am 25. Juni 2012. Karin Graßhof, geb. 1937 in Kiel, studierte Rechtswissenschaften in Kiel und Lausanne. Nach Promotion und Zweitem Staatsexamen begann sie ihre juristische Laufbahn als Richterin zunächst am Landgericht Kiel und sodann – nach einer zweijährigen Tätigkeit im Bundesministerium der Justiz – am Landgericht Bonn. Von 1975 bis 1977 war sie hauptamtliches Mitglied des Landesjustizprüfungsamtes beim Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf. Anschließend war sie als Richterin am Oberlandesgericht Köln tätig, bis sie 1984 zur Richterin am Bundesgerichtshof gewählt wurde, wo sie einem Zivilsenat angehörte.

Karin Graßhof war von 1986 bis 1998 Richterin des Bundesverfassungsgerichts. Ihr Dezernat umfasste unter anderem das Wahlrecht, das Staatsangehörigkeitsrecht und das Auslieferungsrecht. Als Berichterstatterin wirkte sie an zahlreichen bedeutsamen Urteilen und Beschlüssen des Zweiten Senats mit, so etwa an den Entscheidungen über die Regelungen zur ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages 1990 (BVerfGE 82, 322), das kommunale Ausländerwahlrecht in Schleswig-Holstein (BVerfGE 83, 37) sowie über die Grundmandatsklausel des Bundeswahlgesetzes (BVerfGE 95, 408), die Verfassungsmäßigkeit von Überhangmandaten bei der Bundestagswahl (BVerfGE 95, 335) und über die Nachfolge bei Überhangmandaten (BVerfGE 97, 317). Zudem war Karin Graßhof Mitglied der im Juli 1996 vom Bundesminister der Justiz eingesetzten Kommission „Entlastung des Bundesverfassungsgerichts“.

Im Februar 1999 wurde sie von der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn zur Honorarprofessorin ernannt. Karin Graßhof ist seit 1973 djb-Mitglied.

Anlässlich der 28. Arbeitstagung des djb 1989 in Düsseldorf nahm sie an einer Talkrunde namhafter Frauen teil über die „Unendliche Geschichte von Beruf und Familie“. Mit ihr zusammen diskutierten Bundesrichterin i.R. Dr. Anne Gudrun Meier-Scherling, die Rechtsanwältinnen Erna Proskauer und Angelika Schmitz-Berg sowie die Präsidentin des BPatG Antje Sedemund-Treiber (damals 1. Vorsitzende des djb). Das Gespräch machte deutlich, was Frauen ganz verschiedener Generationen bewältigten, um ihrem Beruf nachgehen zu können.

Margarete Hofmann

zur Ernennung als Direktorin „Politik“ des Europäischen Betrugsbekämpfungsamtes (OLAF) am 16. Juli 2012. Margarete Hofmann, geb. 1956 in Aschaffenburg, studierte Rechtswissenschaften und Romanistik in Würzburg und Paris. Nach dem 2. Staatsexamen 1986 trat sie als Staatsanwältin in den bayerischen Justizdienst ein und wurde 1987 an das Bundesministerium der Justiz in Bonn abgeordnet. Dort arbeitete sie als Referentin in den Bereichen Wirtschaftsrecht und Völkerrecht. Von 1992 bis 1996 war sie an der deutschen EU-Vertretung in Brüssel tätig und dort zuständig für Justizzusammenarbeit und Wirtschaftsrecht. Nach Rückkehr in das Bundesjustizministerium leitete sie von 1997 bis 1999 das Koordinierungsreferat Europaangelegenheiten (Bonn und Berlin). 1999 wechselte sie zur Europäischen Kommission in Brüssel und war bis Ende 2004 Kabinettsmitglied bei Kommissarin Dr. Michaela Schreyer mit den Arbeitsschwerpunkten Betrugsbekämpfung, Justiz und Inneres, Wettbewerbsrecht und Binnenmarkt. Anschließend wechselte sie zum Europäischen Betrugsbekämpfungsamt (OLAF) in Brüssel. Seit Februar 2008 war sie Referatsleiterin für interinstitutionelle und externe Beziehungen bei OLAF.

Margarete Hofmann ist seit 2001 Mitglied des djb und Mitglied von EWLA. 2007 übernahm sie den Vorsitz der Regionalgruppe Brüssel. Seit September 2011 ist sie Vizepräsidentin des djb.

Sibylle Laurischk MdB



zur Wahl als Bundesvorsitzende des Deutschen Akademikerinnenbundes (DAB) am 16. Juni 2012. Sibylle Laurischk, geb. 1954 in Offenburg, studierte von 1973 bis 1978 Rechtswissenschaften an der Universität Heidelberg. Nach ihrem Zweiten juristischen Staatsexamen war sie von 1981 bis 1984 Mitarbeiterin der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG. Seit 1985 ist sie selbständige Rechtsanwältin.

1990 trat sie in die FDP ein. Seit 1994 ist sie Stadträtin in Offenburg, von 2004 bis 2009 war sie Kreisrätin im Ortenaukreis. Seit 1998 ist sie Stellvertretende Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Südbaden, seit 2003 stellvertretende Vorsitzende der Liberalen Frauen Baden-Württemberg. Von 2003 bis 2010 war sie FDP-Kreisvorsitzende im Ortenaukreis, von 2006 bis 2008 Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen. Sie ist seit 2001 Mitglied des Bundestages, seit November 2009 Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und seit September 2011 Mitglied des Vorstands der FDP-Bundestagsfraktion.

Ihr Ziel als Bundesvorsitzende des DAB ist es, die Qualifikation von Frauen für die Besetzung von Führungsaufgaben

gesellschaftlich wirksamer zu machen. Ende 2011 initiierte sie mit Vertreterinnen der anderen im Bundestag vertretenen Parteien und sechs Verbänden – darunter der djb – die „Berliner Erklärung“. Sibylle Laurischk ist seit 2003 djb-Mitglied.

Jasmina Prpic, LL.M.

zur Wahl als Preisträgerin „Frau Europas 2012“ durch die Europäische Bewegung Deutschland am 3. Juli 2012. Sie überzeugte die Jury durch ihr langjähriges Engagement als Frauenrechtlerin. U.a. gründete sie 2007 den Verein „Anwältinnen ohne Grenzen“, dessen Vorsitzende sie seitdem ist.

Jasmina Prpic, geb. 1954 in Banja Luka, Bosnien-Herzegowina, Jugoslawien studierte an der Juristischen Fakultät der Universität Sarajevo. Nach ihrem Ersten (1976) und Zweiten Juristischen Staatsexamen (1978) war sie bis 1980 als Verwaltungsjuristin bei der Gemeinde Banja Luka tätig. Von 1980 bis 1990 war sie Zivilrichterin am dortigen Amtsgericht. Wegen der beginnenden politischen Unruhen gab sie 1990 ihr Richteramt auf und wurde Rechtsanwältin, zugelassen bei der Rechtsanwaltskammer Banja Luka. 1992 emigrierte sie schließlich mit ihrer Familie wegen des Krieges nach Deutschland, lernte Deutsch und begann 1995 ein Jurastudium in Freiburg.

Seit 1995 ist sie als Rechtsbeistand für ausländisches Recht auf dem Gebiet der ehemaligen Republiken Jugoslawiens in Freiburg tätig. Seit 1997 ist sie allgemein beeidigte und öffentlich bestellte Verhandlungsdolmetscherin und Urkundeübersetzerin der bosnischen, kroatischen und serbischen Sprache. Zu ihren Tätigkeiten in verschiedenen Projekten gehört u.a. die Leitung des Juristischen Fachbereiches von „medica mondiale e.V.“ in Gjakova, Kosovo (2001–2004). Seit 2010 arbeitet sie als gesetzliche (Rechts-) Berufsbetreuerin in Freiburg.

Von 2005 bis 2010 war sie ehrenamtliches Mitglied des MigrantInnenbeirates Freiburg. 2012 schloss sie außerdem ihr LL.M.-Studium an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg mit einer Arbeit „30 Jahre UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) in Deutschland – eine Bilanz“ ab. Seit 2009 ist sie djb-Mitglied.

Die Preisverleihung 2012 findet in Kooperation mit der Europäischen Bewegung Deutschland im Rahmen des traditionellen djb-Empfangs anlässlich des 69. Deutschen Juristentages statt. Alle djb-Mitglieder sind herzlich dazu eingeladen:

19. September 2012, 18.30 Uhr, Justizpalast, Prielmayerstr. 7, 80335 München.

Bitte melden Sie sich per E-Mail an: geschaeftsstelle@djb.de.

Katharina Wolf

zur Wiederwahl in den Vorstand der „Europäischen Bewegung Deutschland (EBD)“ am 2. Juli 2012 in Berlin. Katharina Wolf studierte Rechtswissenschaften an der Universität Frankfurt/Main. Nach dem Ersten Staatsexamen (1988) begann sie mit dem Referendariat in Kassel. Als gewählte Sprecherin der Referendarinnen und Referendare organisierte sie das erste bundesweite Treffen der Referendarvertretungen zum Thema „Juristenausbildungsreform“ und kümmerte sich nach der Wiedervereinigung um die ersten zum Referendariat nach Kassel kommenden Diplom-Jurist/inn/en. Nach dem Zweiten Staatsexamen (1991) war sie zunächst als Rechtsanwältin tätig, bevor sie am 1. Januar 1993 Landesbeamtin im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in verschiedensten Verwendungen in Dresden, im Sachsenbüro in Brüssel, auf Kommunalebene und in Berlin wurde. Nach zuletzt zweieinhalb Jahren in der Europa-Abteilung des Auswärtigen Amtes bis Ende Februar 2011 ist sie derzeit tätig im Bundesinnenministerium, Abteilung Grundsatz, Internationales, Neue Bundesländer.

Katharina Wolf ist 1990 in den djb eingetreten. Von 1993 bis 1995 war sie Beisitzerin im Bundesvorstand, 2001 bis 2003 war sie als Vorstandsmitglied des Regionalgruppenbeirates wiederum auch Bundesvorstandsmitglied. Von 1993 bis 2005 war sie im Vorstand der RG Dresden tätig, von 1994 bis 2005 auch im Vorstand Landesverbands Sachsen. Seit 2009 ist sie Delegierte des djb bei der Europäischen Bewegung Deutschland und Mitglied der djb-Kommission Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht, seit 2011 ist sie außerdem Delegierte des djb bei der European Women Lawyers Association (EWLA).



Der Niedersächsische Justizminister Bernd Busemann überreichte Ruth Schimmelpfeng-Schütte, Vorsitzende Richterin am Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen a.D. am 19. April 2012 im Gästehaus der Landesregierung in Hannover das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Liebe Ruth, liebe Frau Schimmelpfeng-Schütte zu dieser Verleihung gratuliert der Landesverband Niedersachsen herzlich. Danke für Dein/Ihr unermüdliches Engagement in und außerhalb des Vereins.